



HESSISCHER LANDTAG

02. 01. 2024

Kleine Anfrage

Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD), Robert Lambrou (AfD) und Dimitri Schulz (AfD) vom 06.11.2023

Das hessische Kooperations-/Kontaktbüro in Gaza – Teil V

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Vorbemerkung Fragesteller:

Laut einschlägigen Quellen wurde infolge des Oslo-Friedensprozesses auf Initiative bzw. unter Mitwirkung des damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden Ignatz Bubis, des damaligen PLO-Chefs Jassir Arafat und einiger hessischer Landespolitiker ab dem 02.03.1996 ein Kooperations-/Kontaktbüro durch das Land Hessen in Gaza unterhalten, durch das zur Verbesserung der Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung in Gaza Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen zwischen dem Land Hessen sowie im Land Hessen und in Gaza ansässigen Institutionen, wie Behörden, Unternehmen und Bildungseinrichtungen vermittelt wurden. Jene Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen sollen sich u.a. auf die Koordination von humanitärer Hilfe im Allgemeinen, Aktivitäten und Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, wie etwa die Ausrichtung von Schulprojekten, die Gewährung von Geldern und Gebrauchsgegenständen für den Schulalltag oder die Durchführung von Ferienlageraufenthalten für palästinensische Kinder, sowie auf die Übernahme von Stipendien und diverse Ausbildungstätigkeiten belaufen haben. Innerhalb unter der Kleinen Anfrage, Drucks. 18/270, geführten Beantwortung „betreffend hessische Initiativen in Palästina“ vom 06.05.2009 sind ferner die Unterstützung „von palästinensischen und hessischen Firmen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung“, „hessischer Nichtregierungsorganisationen in Palästina“, und „der kommunalen Zusammenarbeit“ als über das Kooperations-/Kontaktbüro bewerkstelligte Tätigkeitsbereiche aufgezählt. Die Schließung des Kooperations-/Kontaktbüros soll ausweislich der einschlägigen Quellen im Jahr 2001 erfolgt sein. Diese Schließung soll seitens der damaligen Entscheidungsträger entweder durch die angeblich zu hohen Kosten für den Unterhalt des Kooperations-/Kontaktbüros in Höhe von 28.500 € pro Jahr, oder „den wachsenden Einfluss extremer Kräfte in der palästinensischen Regierung“, d. h. die faktische Übernahme der Regierungs- und Exekutivgewalt in Gaza durch die Hamas in den 2000er Jahren und den Eindruck einer mittelbaren Anerkennung dieser Machtübernahme, der durch die Fortsetzung der über das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelten Zusammenarbeit hätte entstehen können, begründet worden sein. Im Widerspruch zu dieser Aussage ist der Kleinen Anfrage, Drucks. 18/270, geführten Anfragenbeantwortung zu entnehmen, dass die „Anmietung und Trägerschaft des „Kooperationsbüro Hessen-Palästina““ in der Zeit von 1996 bis zumindest 2008 erfolgt ist und „die Landesregierung ... auch im Jahr 2009 die Büroinfrastruktur in Gaza aufrecht (zu) erhalten“ beabsichtigte. Weiteren Quellen zufolge seien zudem die durch das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelten Leistungen „im darauffolgenden Jahrzehnt“ nach seiner Schließung „vor allem“, also nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fortgesetzt worden.

Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die projektbezogene Zusammenarbeit mit Palästina begann im Jahr 1995, gefolgt von der Eröffnung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina in Deir el-Balah, Gaza, am 02.03.1996. Mit dem Kooperationsbüro sollte ein Ansprechpartner und Vermittler mit Kontakten zu palästinensischen Partnern für hessische Unternehmen, Hilfsorganisationen, Vereine, Gemeinden und Kommunen geschaffen werden.

Wie dem einstimmigen Landtagsbeschluss zum dringlichen Entschließungsantrag „betreffend Verständigung und Frieden im Nahen Osten“ (Drucks. 14/1543) und der Landtagsrede des damaligen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Plenarprotokoll 14/31) vom 20.03.1996 zu entnehmen ist, beabsichtigte das Land Hessen den Aufbauprozess in den palästinensischen Gebieten durch wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Die Eröffnung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina in Gaza verstetigte diese Politik. Das Büro erhielt die Aufgabe, hessischen Firmen beim Markteintritt Hilfestellung zu leisten und Partner für palästinensische Unternehmen in Deutschland zu finden. Ebenso sollten über das Büro die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung, der kommunalen Partnerschaften mit palästinensischen Städten und von Nichtregierungsorganisationen in den palästinensischen Gebieten koordiniert werden. Die Verbesserung von Bildung und Ausbildung junger Menschen in den palästinensischen Gebieten wurde im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit als Schwerpunkt

gesetzt. Um den Friedensprozess zu stärken, sollte mit Stipendienprogrammen für palästinensische Studierende und Ausstattungshilfen für Schulen jungen Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden.

Im Laufe der Zeit und auch in Abhängigkeit von der politischen Lage vor Ort bekam die Förderung von humanitären und entwicklungsbezogenen Projekten mehr Gewicht. Die letzte Förderung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina erfolgte im Jahr 2010.

Die Fragen in der Kleinen Anfrage, Drucks. 20/11693, beziehen sich auf einen Zeitraum von rund 30 Jahren, seit Beginn der Osloer Friedensprozesse im Jahre 1993 bis heute. Angesichts der Schließung des Kooperationsbüros im Jahr 2011 und einer Aktenaufbewahrungsfrist von zehn Jahren gemäß dem Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen (Aktenführungserlass – AfE) vom 14.12.2012 ist eine vollumfängliche Beantwortung der Fragen 1, 2, 3 und 5 aus Zeit- und Ressourcengründen nicht möglich.

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage betreffend hessischer Initiativen in Palästina (Drucks. 18/270) bietet eine Übersicht aller bis zum Jahr 2009 durch die Landesregierung umgesetzten Förderungen in den palästinensischen Gebieten. Diese verdeutlicht, dass die seit dem Jahr 1995 durch das Land Hessen geförderten Projekte entsprechend des Parlamentsbeschlusses vom 20.03.1996 größtenteils im Bereich der Bildungsarbeit und humanitären Hilfe zu verorten waren.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Welche Fälle der zweckwidrigen Verwendung der „aus dem Land Hessen“
- a) über das Kooperations-/Kontaktbüro bzw.
 - b) ohne Mitwirkung des eingangs besagten Kooperations-/Kontaktbüros vermittelten bzw. erbrachten Leistungen haben sich bisher und in Bezug auf welche Leistungen, in welcher Art und Weise und durch welchen Akteur im Einzelnen ereignet?
- Frage 2. Ist die Annahme zutreffend, dass die „aus dem Land Hessen“ nach oder gegenüber Gaza vermittelten/erbrachten Leistungen oder überwiesenen Gelder auch durch radikale pro-palästinensische Organisationen für eigene Zwecke abgezweigt worden und somit in die Hände dieser Organisationen gelangt sind, im Anbetracht der Tatsache, dass
- a) die Hamas ab Mitte der 2000er Jahre die faktische Regierungs- und Exekutivgewalt in Gaza innehatte,
 - b) die Hamas auch zum Zweck der Rekrutierung von neuen Mitgliedern insbesondere soziale Projekte für Kinder und Jugendliche ausgerichtet und somit Kontakt zu einem Teil der Leistungsempfänger unterhalten hat und
 - c) bereits unter der Ägide von Jassir Arafat die Verwaltungsstruktur der palästinensischen Autonomiebehörden genutzt worden sein soll, um im Wege einer Verknüpfung zwischen diesen Verwaltungsstrukturen und den Organisationsstrukturen von radikalen pro-palästinensischen Organisationen EU-Gelder in die Verfügungsgewalt jener Organisationen zu leiten und eine Zugriffsmöglichkeit auf die betreffenden Leistungen ihrerseits daher eröffnet erscheint?
- Frage 3. Welche
- a) durch/über das Kooperations-/Kontaktbüro bzw. nach dessen etwaiger Schließung und
 - b) ohne Mitwirkung des Kooperations-/Kontaktbüros „aus dem Land Hessen“ vermittelten, erbrachten bzw. fortgeführten Leistungen sind in die Verfügungsgewalt radikaler pro-palästinensischer Kräfte gefallen? Bitte unter genauer Bezeichnung der Art und des Umfangs der Leistung, ihres Kostenbetrages, dem Zeitpunkt der Übernahme durch radikale pro-palästinensischer Kräfte und die Bezeichnung der betreffenden radikal-palästinensischen Organisation aufschlüsseln.
- Frage 4. Besteht nach Einschätzung der Landesregierung die Gefahr, dass die Leistungen, welche „aus dem Land Hessen“ über das Kooperations-/Kontaktbüro, nach dessen etwaiger Schließung oder gänzlich ohne Mitwirkung des Kooperations-/Kontaktbüros vermittelt bzw. erbracht worden sind, in die Verfügungsgewalt radikaler pro-palästinensischer Kräfte fallen könnten?

Die Fragen 1 bis 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Frage 5. Beabsichtigt die Hessische Landesregierung – auch im Anbetracht des akuten Wiederaufbrechens des Nahostkonfliktes und der eventuellen Gefahr, dass jene Leistungen in die Verfügungsgewalt radikaler pro-palästinensischer Kräfte fallen könnten, welche „aus dem Land Hessen“ über das Kooperations-/Kontaktbüro, nach dessen etwaiger Schließung oder gänzlich ohne Mitwirkung des Kooperations-/Kontaktbüros vermittelt bzw. erbracht worden sind – die Kooperationen – sofern noch nicht geschehen – zu beenden bzw. auf die Beendigung dieser Kooperationen hinzuwirken?

Es wird auf die Antwort der Frage 3, Drucks. 20/11691, verwiesen.

Wiesbaden, 20. Dezember 2023

Tarek Al-Wazir